

falls sie zustande kommt, auf einen Teil des Wirtschaftsmarktes bedeutenden Einfluss ausüben wird. Es handelt sich um die Fusion der Aktiengesellschaft „Reptun“, Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock, mit den Holzwerkzeugen und der Eisenwerk. Die bisher noch schwebenden Verhandlungen dürften schon bald zu einer Einigung führen. Da die Gesellschaft „Reptun“ allein etwa 1700 Arbeiter und Beamte beschäftigt, so wird für das neue Unternehmen kaum noch eine ernstliche Konkurrenz in Betracht kommen. Man sucht sich gegenseitig aufzurichten.

Besser als diese Werbung illustriert die gegenwärtige unergiebige Lage diejenigen von dem Abschluß eines Syndikats der deutschen Metallwerke zu dem ausgesprochenen Zwecke, „die bisher sehr gedrückten, teilweise unter Selbstkosten gehenden Preise aufzubessern“. Die Bedeutung des Syndikats mag durch die Anführung nur dreier Firmen (von vielen), die demselben beigetreten sind, angedeutet werden: Thyssen u. Co. in Mülheim, Hohenlimburger Werke und Drahtzieherei, Rheinhardt'sche Eisen- und Stahlrohrwerke in Schwelm. Die Sorge um Aufbesserung der Preise hat zweifellos auch den Verband der deutschen Strohhut- und Damen-Hut-Fabrikanten veranlaßt, mit dem Fuß-Großisten-Verbande einen Kartellvertrag einzugehen und von der nächsten Geschäftszeit ab die dem Fuß-Großisten-Verband nicht angehörenden Firmen zu sperren und gleichzeitig den Abschluß von Verträgen mit diesen Firmen, welche geeignet erscheinen, die Sperre zu beeinträchtigen, bei hoher Vereinarbeitungsstrafe zu untersagen. Zeichen der Zeit!

Als solches erscheint uns auch der endliche Zusammenbruch des in Börjenskreisen lange als „verdächtig“ angesehenen Bankhauses Friedberg (Berlin), eines durch riesige Reklame weitläufig bekanntgewordenen Schwindelunternehmens. Die schlechte Konjunktur gräbt ja gerade solchen Unkrautpflanzen zu allererst das Wasser ab. In Zeiten der Hochkonjunktur und des flüssigen Geldmarktes fehlt es nie an Opfern, die ein gerissener „Bankier“ schröpfen kann. Die „Geschichte“ hat den Vorschlag aufzulaufen lassen, eine Art Staatsaufsicht bei den Banken einzuführen. Die bevorstehende Beratung der Börjensgesetznovelle wird Gelegenheit geben, diese Vorschläge zur Sprache zu bringen. Den Börjenskreisen wird's etwas unheimlich bei dem Gedanken.

Noch ein Zeichen der Zeit: Die Entlastung der Reichsbank hinsichtlich des Wechselbestandes und der Beliehungsrechnung Ende vorigen und Anfang dieses Monats hielt mit der gleichen Zeit des Vorjahres nicht gleichen Schritt, was deshalb besonders auffiel, weil infolge der unbeschränkten Verschlechterung der geschäftlichen Verhältnisse Gewerbe und Handel weniger Geldbedarf haben. In solchen Zeiten aber macht man öfters die Erfahrung, daß gerade wenn die Verhältnisse sich verschlechtern, zunächst sich noch härterer Geldbedarf zeigt, und daß erst allmählich nachlassen derselben eintritt. Uebrigens läßt der jüngste Ausweis der Reichsbank die Annahme berechtigt erscheinen, daß eine Ermäßigung des Zinsfußes in nächster Zeit zu erwarten ist. Der Metallbestand der Reichsbank erhöhte sich um 40,5 Millionen gegen nur 33,7 Millionen in der Vergleichswoche des Vorjahres. Gegen die erste Berichtswache ermäßigten sich die Wechselreichhaltungen um 33 Mill., während sie im Vorjahre eine Zunahme um 7 Mill. gebracht hatten. Was zumeist in die Augen fällt, ist, daß die Höhe der Einzahlungen in der letzten Berichtswache um 42,4 Mill. stieg, gegen nur 12,6 Mill. in der Vergleichswoche des Vorjahres. Die Reichsbank dürfte sich aber mit einer Ermäßigung von 1/2 Prozent begnügen. Sie hält — mit Recht! — ein vorläufiges Vorgehen noch immer für unbedingt geboten. Denn so lange nicht eine völlige Klärung der Lage festgefunden — und eine solche dürfte bei der unüberändert fortwährenden Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der amerikanischen Industrie noch einige Zeit auf sich warten lassen —, muß dem Geldmarkte eine kräftige Stütze erhalten bleiben.

Es erscheint uns angebracht, bei dieser Gelegenheit, in Anlehnung an den in Florenz erscheinenden „Economista“, mit einigen Worten der eigenartigen Begleiterscheinungen der amerikanischen Krise und einiger Lehren daraus zu gedenken. Bekanntlich fehlt den amerikanischen Rationalisten, im Gegensatz zu benachbarten anderen Ländern, eine starke Metallreserve. Daher die völlige Unfähigkeit, als die Krise auf und das Vertrauen aufs schlimmste erschüttert wurde, den Ansprüchen auch nur zum Teil gerecht zu werden. In Amerika ist sozusagen der ganze Metallvorrat im Besitz des Staates. Die Banken regeln ihren Umlauf durch Papier, durch Staatsobligationen. Was nun angeht die der geradezu drohenden Nachfrage nach flüssigem Geld? Man vertiefte auf den überraschenden Ausweg, die Regierung zur Emission neuer Titel zu bewegen, und so, ganz im Sinne der bisherigen Praxis, den Notenumlauf noch zu vergrößern. Daher im Dezember die Emission von 50 Mill. Dollar zweiprozentiger Panama und einer gleich hohen Summe von dreiprozentigen Schatzanweisungen auf ein Jahr, die für Staatsrechnung am Markt verkauft wurden, während die Regierung gegen Leistung der üblichen Garantie den Banken die angesammelten Kapitalien in Depot überließ. — In der Tat ein bemerkenswertes Verhalten gegenüber der Krise: man erhöhte nicht einfach den Zinsfuß, nur die Nachfrage nach Umlaufsmitteln zu verringern, sondern greift zu einer Emission zur Beschaffung weiterer Umlaufsmittel, bis das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgekehrt ist. So konnten tatsächlich die für den Augenblick benötigten Umlaufsmittel beschafft werden. Es erscheint uns das als ein neuer Beweis dafür, daß durch die Ausgabe papierner Umlaufsmittel vornehmlich die Möglichkeit einer planmäßigen Anpassung der Geldversorgung an den Geldbedarf gegeben ist. Volkswirtschaftlicher, wie Haffelsohn, sagen, daß die Einführung von Papiergeld in einen bereits gesättigten Organismus die Ausfuhr von Gold zur Folge habe. Hier läßt sich das Gegenteil feststellen. Denn in der Zeit der hochgradigen Krise waren es vielmehr die europäischen Märkte, die den Vereinigten Staaten ganze Mengen des gelben Metalls zuwandten. — Wir gedenken hier der von Prof. Dr. Hefferich („Das Geld“, Berlin 1903), freilich unter anderen Voraussetzungen, aufgestellten Hypothese, daß theoretisch die Möglichkeit besteht, ein reines (d. h. von jeder metallischen Grundlage unabhängiges) Papiergeld seiner Ausgabe vollkommen den Schwankungen des Geldbedarfs der Volkswirtschaft anzupassen und dadurch manche Störungen zu vermeiden, die bei den metallischen Währungen aus Verhältnissen des Gleichgewichts zwischen Geldbedarf und Geldversorgung hervorgehen können.

Eben erschienen die Zusammenstellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes über den deutschen Außenhandel in der Zeit vom 1. bis 10. Februar. Wir entnehmen denselben, daß in jener Periode die Ausfuhr an Rohstoffen 69 007 Doppelzentner betrug, gegenüber 50 676 Dz. in der gleichen Periode des Vorjahres, während sich diese Zahlen für Eisenerz auf 5 169 594 gegenüber 4 843 667 Dz. stellen. Es ergibt sich daraus, wie gering noch immer die Aufnahmefähigkeit des europäischen Marktes sein muß. Zum Teil ist das durch die unentwegte Ausfuhrhaltung der viel zu hohen Preise im Ausland veranschuldet. Dabei kann man, worauf wir wiederholt hingewiesen, im Ausland nur zu Schlußfolgerungen abgehen. Freilich hat gegenüber der immer jähbarer werdenden englischen Konkurrenz im Inlande das Rohstoffsyndikat sich endlich zu einer größeren „Beweglichkeit“ in der Preisfestsetzung entschlossen. Und das Rohstoffsyndikat — zunächst die Erzeugung dreier ein. Auch eine

„Berliner“ Agitation.

„Deutsches Brauereiwesen“, 8. Februar 1908. Dem Vorstande der christlichen Bauarbeiter teile ich auf die Einladung

mit, daß es mir sehr tut, daß die Versammlung auf den Sonnabend gelegt ist, denn an diesem Tage sind bekanntlich die Geschäfte ausnahmslos geschlossen. Sonst wäre ich erschienen. Wer eine Woche ich Ihnen empfehlen, zeigen Sie sich nobler, als sich Ihre Gegenpartei auf der letzten Versammlung gezeigt hat. Durch Vergeßlichkeit und Schimpfereien wird man niemals einen anderen überzeugen können. Es zeichnet sich Namared, Kaplan.“

Wer ist mit dieser Gegenpartei gemeint, die sich hierdurch durch Unabsehbare, Vergeßlichkeit und Schimpfereien auszeichnet? Das war die katholische Fachabteilung, die den Katholizismus in Erbacht genommen zu haben vorgibt, und jeden als Keger und schlechten Christen ansieht, der nicht ihrer Meinung ist. Allerdings steht die Art ihrer Tätigkeit, mit dem was man von einem wirklich guten und anständigen Katholiken verlangen sollte, nicht immer im Einklang. Im Gegenteil! Wir kennen zurzeit keine Richtung, die mit unehelicheren und vergifteteren Waffen kämpft, wie gerade die angezogene. Obiges Urteil ist daher auch nicht übertrieben für uns, es bestätigt nur, was wir schon längst wußten. Was ist nun neuerdings geschehen?

Längere Zeit war der katholische Fachabteilungsbeamte Bull in Breslau, bekannt durch seine maßlosen und unfähigen Anwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften, mäusehenfisch. Er war gebüdet worden, und zwar von Männern, die sich dem erst durch die Hirsch-Dandereichen Gewerkschaften gegangenen Bull keine Vorwürfe ob ihrer politischen und gewerkschaftlichen Anschauungen machen ließen. Anscheinend glaubt nun der „edle katholische“ Streiter, es sei Gras über die früheren Dinge gewachsen. Er grüß die Streikart von neuem aus und begab sich wieder auf den Kriegspfad gegen die christlichen Gewerkschaften. In Deutsches Brauereiwesen setzte er ein mit dem Thema: „Das Wesen der christlichen Gewerkschaften“. Die Versammlungsteilnehmer haben über das Wesen der christlichen Gewerkschaften sehr wenig gehört. Der unklare und verschwommene Vortrag bestand zum größten Teil aus Angriffen und unwahren Beschuldigungen gegen die christlichen Gewerkschaften und Anwürfen gegen die Führer und Vertreter derselben. Was Herr Bull an diesem Abend in der Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften und deren Führer und Vertreter geleistet hat, stellt alles, was man jeither von diesem Eck für der Berliner Fachabteilungen in dieser Beziehung gehört hat, in den Schatten. „Lügner, gemeine Lügner, infamste Lügner der Welt, Fälscher, Verräter, Vobornisten, Vertreter einer Hottentottenmoral, laze Christen“, das waren die immer wiederkehrenden Titel, mit denen Herr Bull die Gewerkschaften bedachte, und darüber ließ der Herr immer wieder auf die katholische Kirche, welche nach seiner Behauptung jeden Katholiken zur Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften verpflichtet.

Bei Anziehung der Kreisfelder Kongressdebatte über positives Christentum bezeichnete Herr Bull den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieser, als jetzigen Reichstagsabgeordneten. Gewerkschaftssekretär Schümmer vom christlichen Metallarbeiterverbande machte den Zwischenruf, Wieser sei nicht Reichstagsabgeordneter. Darauf rief Herr Bull in brüllendem Tone: Sie wissen nicht, daß Wieser Reichstagsabgeordneter ist? Sie haben ja gar keine Ahnung, was in der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor sich geht. Dieser dumme Mensch will mich unterbrechen. Halten Sie Ihr Maul. Die christlichen Gewerkschaften benötigen ihr Christentum als Deckmantel. (Jetzt wieder in brüllendem Tone.) Ja, ich pflichte dem Kollegen Ottersbach in Koblenz bei. Dieser Heuchlergesellschaft muß die Masse heruntergerissen werden. Ihre ganze Moral ist weiter nichts, als eine Juden-, Heiden-, ja Hottentottenmoral. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ hat in ihrer vorigen Nummer den Bericht des „Observatore Romano“ wissentlich gefälscht, ebenso im vorigen Jahre die „Reißer Ztg.“ und die „Edm. Volkszeitung“. (Zuruf von Schümmer und Ehrhardt: Das stimmt nicht!) Darauf Herr Bull sich wie wahnsinnig gebärdend: Wenn Sie das bestreiten, dann sage ich Ihnen, sind Sie der gemeinste und infamste Lügner der Welt! Auf dem Hüttenwerf „Rote Erde“ hat der christliche Metallarbeiterverband einen langen Streik geführt, um die Fachabteilung totzustreiken. (Zuruf von Schümmer: Welches Hüttenwerk, „Rote Erde“ war das?) Bull brüllend und beinahe den Tisch umwerfend: Sie wissen nicht, wo das Hüttenwerk „Rote Erde“ liegt? Sie haben ja keine Ahnung, Sie sind ja zu dumm. (Laut brüllend:) Das geht Sie, dumme Mensch ja gar nichts an. Dann endlich: Das Hüttenwerk „Rote Erde“ bei Lachen! Nach Verlesung einiger Stellen aus der Enzyklika Rerum novarum und des Fuldaer Pastoralen wurden in geradezu jeden aufrichtigen Katholiken verlesender Weise kirchliche Autoritäten gegeneinander ausgehört. Den Geistlichen, die sich für christliche Gewerkschaften erklären, sprach Herr Bull rundweg die Kenntnis des Wesens der christlichen Gewerkschaften und das Verständnis für die heutigen wirtschaftlichen Zusammenhänge ab. Wenn der Herr Kardinal Fischer die christlichen Gewerkschaften empfehle, so sei das der allerbeste Beweis, daß er sie eben nicht kenne. Kardinal-Fürbischof Köpp habe vor einiger Zeit einem Bezirkspräsidenten der katholischen Arbeitervereine „St. Berlin“ erklärt: „Die christlichen Gewerkschaften unterscheiden sich nur um ein geringes von den Sozialdemokraten. Sorgen Sie dafür, daß die christlichen Gewerkschaften nicht in ihren Bezirk hinein kommen. Führen Sie die Fachabteilungen ein.“ Mit einem Appell an alle Anwesenden, sich nicht den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, schloß Bull unter teilweisem Beifall und Pfuirufen seinen 1 1/2 stündigen Vortrag. Trotzdem Herr Bull 1 1/4 Stunden geredet hatte, wurde den Disziplinsrednern nur 15 Minuten Redezeit gewährt. Auf die allerparlamentarischen Ordnung höhnisch sprechende Geschäftsordnung wollen wir gar nicht näher eingehen. Selbst ein anwesender Geistlicher protestierte dagegen. In der Diskussion sprach als erster Redner Herr Ehrhardt. In sachlicher Weise widerlegte derselbe, soweit wie dies in der kurzen Zeit möglich war, die von Herrn Bull erhobenen Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Als zweiter Redner sprach Herr Gewerkschaftssekretär Schümmer. Kaum hatte derselbe begonnen, da beschloß der Vorsitzende mit Wortentziehung, weil er nicht zur Sache spreche. Herr Ehrhardt, der gegen ein solches Verhalten protestierte, wurde zum Verlassen des Saales aufgefordert. Es entstand ein Tumult. Mehrere Landwirte und Händler gingen mit erhobenen Stöcken auf Ehrhardt los. Nur durch das ruhige und besonnene Verhalten des letzteren wurde Schümmeres verhütet. Herr Bull beteiligte sich eifrig mit an der Hinausbeförderung von drei christlichen Gewerkschaftlern, die es gewagt hatten, gegen die Leitung zu protestieren. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, erklärte Schümmer: Das Verhalten des Referenten ist nur geeignet, das katholische Leben schwer zu schädigen. Die Beschimpfung der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer, dem Gegner den ehrliehen Willen abzupredigen, ist der wissenschaftlichen Lage zu bezüchtigen, das war weder katholisch noch anständig, das war Gassenhübenart, und ich halte es unter meiner Würde, mit Gassenhüben zu diskutieren. Wer mit mir einer Meinung ist, bitte ich den Saal zu verlassen. Daraufhin verließ ein großer Teil den Saal. Nur eine kleine Anzahl von Landwirten und Händlern blieben zurück. Im übrigen würde jede weitere Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Bull die Wirkung derselben nur abmildern.

Das ist „Berliner“ Agitationsweise. Nach der „Oberschlesischen Volkszeitung“ führte der nämliche Bull am 5. Februar in einer Versammlung in Zanditz aus, daß es nicht christliche Arbeitervereine, wohl aber sich christlich auswendende Gewerkschaften gebe. Diese Gewerkschaften benutzen aber das Wort christlich nur

als Deckmantel, denn ihrem ganzen Wesen nach ist diese Organisation nicht christlich, sondern materialistisch und unterscheidet sich nach der Ausdrucksweise eines hohen Kirchenfürsten nur wenig von der Sozialdemokratie.“ Solches für diesen Mann freilich und frech ohne den Wimper zu zucken. Daß durch eine solche Kampfesweise immer mehr unerfahrene Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie getrieben werden ist ohne weiteres einleuchtend. In den Fachabteilungen sind die Arbeiter keine genügende Interessenvertretung, die christlichen Gewerkschaften werden schrittweise als alle anderen hintergestellt was bleibt dann weiter übrig. — An ihren Früchten werden sie sie erkennen. — Eine zahlreich besuchte christliche Gewerkschaftsversammlung in Deutsches Brauereiwesen, legte schließlich gegen eine derartige Agitationsweise ein. Obigen Bericht teile der Herr Kaplan an den Vorstand unseres Verbandes

Rundschau.

Christliche Gewerkschaften gefährlicher wie die „Freien“. Die am 17. Februar in Hannover stattgefundene Generalfammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe hat sich auch mit den christlichen Gewerkschaften befaßt. Das „Zentralblatt für das Baugewerbe“ berichtet darüber:

Herr Geschäftsleiter Schmiedehaus-Essen hielt einen sehr interessanten Vortrag über „Christliche und gelbe Gewerkschaften in welchen er hervorhob, daß die christlichen Gewerkschaften auf demselben Boden wie die freien Gewerkschaften ständen und unter Umständen noch gefährlicher als diese erscheinen könnten. Dagegen empfahl es sich, die gelben Gewerkschaften nach Möglichkeit zu unterstützen. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Vortragenden.“

Es wäre jedenfalls interessanter, wenn die Mitteilung des Zentralblattes etwas ausführlicher wäre. Man könnte die Ausführungen des Herrn Schmiedehaus, bei dem wir seither eine erschreckende Unkenntnis, nicht nur über die christlichen Gewerkschaften sondern über die Arbeiterbewegung überhaupt, wahrnehmen konnten. alldam etwas besser auf ihren Grundgehalt prüfen. Nach einer Aeußerung des Herrn Schmiedehaus auf der in den letzten Tagen in Essen stattgefundenen Unterhandlung über einen angeblichen Anspruch eines unserer Verbandsvertreter können wir uns vorstellen, in welchem Sinne sein Vortrag lautete. Steht man dann noch all die übrigen Momente in Rechnung, daß die christlichen Gewerkschaften sich nicht von den Unternehmern mißbrauchen lassen darf sie keiner politischen Partei, weder der des Herrn Schmiedehaus noch einer anderen Gesellschaft leisten, vielmehr selbständig nach jeder Richtung hin sind, kommt man auf den weiteren Gedankengang. Selbständige Arbeiterorganisationen sind diesen Herrn ein Greuel, vielmehr noch, wenn sie sich eine energische Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder anlegen lassen. Wir wollen heute nicht weiter auf die Sache eingehen, zumal auch Herr Schmiedehaus in dieser Frage für nicht kompetent gilt — andere Männer, die auch wirkliche Autoritäten sind und nicht durch die getriebene Brille eines Angelegten eines schärf macherischen Arbeitgeberverbandes sehen, urteilen bekanntlich anders. Dabei verkennen wir nicht, daß derartige geistige, in weiteren Kreisen von Arbeitgeberern eine falsche Ansicht über uns hervorzu rufen. Und das geschieht mit Vorbedacht, wozu wir ausdrücklich hinzusetzen in erster Hinsicht aus politischen Gründen. Wir Spinner diesen Faden gelegentlich weiter. Daß wir den Schachmachers gefährlicher erscheinen, liegt in dem Umstand, daß man gegen uns nicht mit dem Argument „gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie“ anlämpfen kann. Wir stehen auf dem Boden der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Ordnung und dabei bleibt's. Wir verlangen kein Lob von den Arbeitgeberverbänden, sondern nur eine gerechte Würdigung. Wer das nicht kann, wer überhaupt nichts von dem Wesen der christlichen Gewerkschaften versteht, läte daher besser, seine Finger davon zu lassen.

Gutenbergsbund, so nennt sich die Organisation der Buchdrucker innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Dieselben Kämpfe, wie alle christlichen Berufsorganisationen in ihren Anfängen hat auch der Gutenbergsbund durchzumachen. Unlautere Motive werden ihm stets untergeschoben, namentlich aber Tarifturen. Daß dem nicht so ist, beweist eine vom Bund aufgenommenen Statistik, wonach 90 Prozent der Mitglieder in tariffreien Druckereien beschäftigt sind. Während der große Buchdruckerverband in einem Jahre (nach der Statistik der General-Kommission für 1906) für Lohnbewegungen, Streiks und Aus-sperrungen von insgesamt 155 Personen etwa 6000 M. ausgegeben hat, betragen die Unkosten des kleinen Gutenbergsbundes im Jahre 1907 für Kämpfe zur Einführung und Durchführung des Tarifs etwa 1500 M. Allein 50 Bundesmitglieder standen zu diesem Zwecke Ende 1907 im Streik. Diese Tatsachen beweisen, wie ungerichtet diese Vorwürfe von seinen der Gegner sind. Der Gutenbergsbund wird nicht eher ruhen, bis alle seine Mitglieder tariffrei sind. — Agitationsmaterial ist stets zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Gutenbergsbundes, Berlin S. 43, Jakobikirchstr. 5, und das Sekretariat des Gutenbergsbundes, Köln a. Rh., Palmstraße 14.

Eine selbstverschuldete Blamage. Im Dezember vorigen Jahres ging durch die gesamte sozialdemokratische Presse eine Notiz mit der Ueberschrift: „Das Ende eines christlichen Verleumdungsfeldzuges“. Es wurde darin erklärt, daß Gewerkschaftssekretär Geier von Augsburg, wider besseres Wissen eine verleumderische Behauptung gegen den sozialdemokratischen Gaulleiter Brüggemann verbreitet habe. Geier sei dann vor dem Amtsgericht in Bad-Nünning wegen eines Vergehens der Verleumdung nach § 186 zu einer Geldstrafe von 50 M. (oder 10 Tagen Haft) und Tragung sämtlicher Kosten (auch der Privatklagers) verurteilt worden. Am Schluß dieses ziemlich entstellten Berichtes heißt es noch wörtlich:

„So ist denn wieder einmal gerichtlich festgestellt, mit welcher niederträchtigen Verleumdungen die christlichen Führer gegen die freien Gewerkschaften arbeiten.“

Selbstverständlich war großer Jubel bei den Genossen, besonders in Kolbmoos, wo sich dieser Fall abspielte. Das war einmal ein gesundes Futter für die nach Christi nach schwärmenden Genossen.

Aber mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten; Gewerkschaftssekretär Geier, der seiner Sache sicher war, legte Berufung gegen dieses Urteil ein. Am 14. Februar d. J. wurde nun in der Berufungsklage vor dem Landgericht in Traunstein das Urteil vom Amtsgericht aufgehoben und Gewerkschaftssekretär Geier freigesprochen. — So endete die „niederträchtige“ Verleumdung. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen!

Ein allgemeiner Reichstarif im Steinsehergewerbe. Ein allgemeiner Reichstarif, ähnlich wie er im Buchdruckgewerbe besteht, wird jetzt im deutschen Steinsehergewerbe angestrebt. Der Verband der Deutschen Steinseher-Zimmern hat an den Vorstand des Arbeitnehmer-Verbandes ein Schreiben gerichtet, in dem sich die Arbeitgeber bereit erklären, mit den Arbeitern in Unterhandlungen einzutreten über den Abschluß eines Tarifs, der für das gesamte Reich Gültigkeit hat. Die Arbeiter erklären sich bereit, zusammen mit den Arbeitgebern den Versuch auf Zustandekommen eines solchen allgemein gültigen Tarifvertrages zu machen und so

Arbeiten bereits in allerhöchster Zeit die Verhandlungen beginnen. Bevor dieser geplante Reichstagsversammlungszeitpunkt erreicht ist, soll noch dahin gestrebt werden, daß die zum Abschluß kommenden Einzelarbeitsverträge mit Reichstagsarbeitsvertrag eingeordnet werden können.

Regierung und Tarifverträge. Anlässlich der Beratung des Entwurfs im Reichstag, kamen auch die Tarifverträge und die damit gänzliche fehlende gesetzliche Sicherung derselben zur Sprache. Die Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes scheint auch die Regierung einzusehen. Der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums erklärte nämlich:

Im Reichsamt des Innern und im Reichsjustizamt ist man sich einig über die große Bedeutung der Tarifverträge in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Beide Ressorts sind auch darin einig, daß, wenn eine Regelung dieser Frage erfolgt, diese nicht paritätisch vorzunehmen ist, sondern auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Wir halten es auch für dringend erwünscht, daß eine solche Regelung bald kommt. Angesichts mancherlei Schwierigkeiten durch die jetzige Rechtslage und auch durch die Rechtsprechung. Wir sind auch der Meinung, daß die Tarifverträge nicht unter den § 152 gestellt werden können. An dem guten Willen fehlt es also bei uns nicht. Aber ich glaube, der Vorredner (Jund) unterschätzt die Schwierigkeiten, die einer angemessenen Regelung der Frage entgegenstehen. Wir werden der Sache weiter unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden und die Ausführungen der Abg. Weber und Jund beachten.

Eine Veränderung des heutigen Zustandes ist zu begrüßen, die größtmögliche Vorkehrung jedoch gerade dieser Sache gegenüber im Auge. Die Tariffrage ist heute noch zu ungeklärt, und würde eine unglückliche gesetzliche Regelung mehr Schaden stiften als Nutzen. Die Regierung würde gut tun, die praktischen Schwierigkeiten der Arbeiter mit heranzuziehen. Das würde zur Klärung der Sache nur förderlich sein.

Wenn zwei das Gleiche tun — Der „Steinarbeiter“, Organ des soziald. Steinarbeiterverbandes, bringt in seiner Nr. 8 vom 2. Februar direkt untereinander stehend, folgende zwei Notizen: **Wegen Untreue** wurde am Sonnabend, den 8. Februar, vor dem Landgericht Weichselburg der frühere Kassierer der Zahlstelle Fachsenbach, der Steinmetz Wolf, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Für die Herren in Christo, die hauptsächlich an dieser Anzeige die Schuld tragen, trotzdem Wolf sofort die Beschaffung des Geldes sicherte, dürfte diese Strafe eine Verungüpfung sein, wissen sie doch sehr wohl, daß der Familie Wolf auf zwei Wochen der Ernährer entzogen ist.

Ein fremder Schwindler. In Anstalt, einem Orte bei Krefeld, ist vor einigen Tagen der Bürgermeister Horster wegen Unterschlagung von 18 000 M amtlicher Gelder verhaftet worden. So wenigstens wurde gemeldet. Jetzt stellt sich heraus, daß die wahren Zentrumsstühle mehr wie 50 000 M unterschlagen hat. Nebenbei hat er noch allerlei betrügerische Manipulationen verübt. So hat er einen Maurermeister, der Gemeinbearbeiter macht, um 2000 M betrogen. Die Kasse einer Dampfdruckgenossenschaft ist von ihm ganz geleert worden. Sogar die Beiträge der Sammelbüchsen für die Kinderfestlichkeiten zur St. Martinfeier hat der fromme Mann nicht gespart.

Außerdem hat der fromme Betrüger die Geschäftsleute in dem Ort schwer geschädigt, denn wie nun bekannt wird, hat er gepumpt, so viel er nur kriegen konnte. Der Betrüger muß ein sehr großes Vertrauen gewonnen haben, denn wenn nur einmal eine gründliche Revision vorgenommen würde, war in einem kleinen Ort wie Anstalt die Veruntreuung derartiger Summen unmöglich.

Groß war der Verdacht in der Verfolgung den freien Gewerkschaften gegenüber. Den Wirten, die sich nur geneigt zeigten, ihr Lokal zu Versammlungen herzugeben, wurde von dem Bürgermeister sofort eingeschätzt. Die Zentrumsparthei hat an dem entlarvten Verbrecher eine feste Stütze verloren. **Haß macht blind,** muß man hier auf die Redaktion des „Steinarbeiter“ anwenden. Während sie zuerst behauptet, daß der Fachsenbacher Kassierer Wolf wegen seiner Unterschlagung im Arbeitergroßen dem Gericht übergeben wurde, spricht in dem folgenden über den „frommen“ Schwindler, der doch nicht auf Grund seiner Frommheit die Unterschlagungen begangen hat, sondern weil er genau so verbrochen war, wie der Fachsenbacher, etwas mehr oder weniger tut nichts zur Sache, die alle Schadenfreude heraus. — Wenn zwei das Gleiche tun, ist es doch nicht immer das Gleiche. In diesem Falle war der sozialdemokratische Genosse, der andere ein angebl. Arbeiter. So sieht die Moral des sozialdemokratischen „Steinarbeiter“ aus.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: **Weichselburg i. G.,** Aussperrung (Maurermeister und Bauhilfsarbeiter), **Bachum** (Sperrung über Herrmann Wingenfeld), **Geperck** ist das Baugewerbe Herrmann **Wischoffstein, Döhr,** **Offen a. d. Ruhr** (Dachdecker) wegen Nichtannahme des Tarifs wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission über die Firma Wilhelm Esch die Sperrung verhängt. **Offen, Ruhr** (Stukkateure) Sperrung über den Zwischenmeister Helmerich (St. Andreaskirche) in Mittenheid. Zugung nach dem Steinbetriebe **Neue Walheimer Kalkwerke,** wie nach **Celle** (Maurer und Bauhilfsarbeiter) ist fernzuhalten. **Heidelberg** (Gipsler), **Saarbrücken** (Gipsler).

Bezirk Königsberg i. Pr.

In **Guttstadt** unternehmen die Unternehmer einen Raubzug auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Schon im Jahre 1905 wurde unser Verband hier eingesetzt. Die Zahlstelle ging aber damals, dank der Laune der Kollegen, wieder ein. In letzter Zeit ist nun der christliche Gewerkschaftsgedanke von neuem erwacht, und haben sich bereits über 100 Mitglieder uns, und im christlichen Holzarbeiterverband angeschlossen. Dieses geht nun den Herren Unternehmern nicht, da dieselben befürchten, die Arbeiter würden nun nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzen, sondern mit einem Tagelohn von 3,20 M für Maurer und Zimmerer und 1,50 bis 2 M für Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 12 Stunden zufrieden sein. Und nun dieserhalb großer Lärm in Guttstadt, weil die Sozialdemokraten eingezogen seien. Mehrere Kollegen wurden bereits gemahnt, weil sich die ihnen ihr Koalitionsrecht nicht wollten rauben lassen. Eine große Versammlung, wie sie Guttstadt von Arbeiterseite noch nicht gesehen hat, fand dieshalb am Sonntag, den 23. Februar, statt. Kollege Schönleins (Königsberg) referierte über das Thema: „Sollen die Arbeiter das Recht, sich zu organisieren?“ Hierin sprachten die Versammelten den Ausführungen, die ers durch Beifall unterbrochen wurden, und der Erfolg war, daß sich 46 neue Mitglieder aufnehmen ließen. Nach der Sitzung schloß sich an vomberg und der Kollege Marjalkes. **Wienstein** feierten die Guttstadter Kollegen zum festen Zusammenschluß an. Wenn nun die Guttstadter treu zur Fahne stehen, so werden wir den Herren Unternehmern zeigen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht zu verteidigen wissen. In **Weidenburg** und **Soldau** haben die Unternehmer auch dieses Jahr wieder erklärt, mit keiner Arbeiterorganisation verhandeln; es ist deshalb möglich, daß es hier zu ernstlichen Differenzen kommt.

In **Heilsberg,** wo der alte Tarif am 1. April abläuft, sind neue Forderungen gestellt worden, jedoch haben die Herren Arbeitgeber bis heute noch nicht auf dieselben geantwortet.

In **Wartenburg** haben bereits zwei Unternehmer unsere Forderung, Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Pf. anerkannt und unterschrieben. Die beiden anderen werden nachkommen müssen, wenn sie ihre bisherigen Gefellen behalten wollen.

Bischofsheim. Hier konnte eine Einigung mit Herrn Herrmann noch immer nicht erzielt werden. In einem Schreiben an unseren Bezirksleiter meint der gute Herr, daß Differenzen zwischen uns und ihm noch nicht bestanden hätten; er wäre immer bestrebt gewesen, seinen Arbeitern den Leistungen (!) nach gerecht zu werden. Wenn Herr Herrmann bei dieser guten Meinung bleibt, so werden unsere Kollegen auch in Zukunft sein Geschäft meiden.

Die **Zapfauer** Unternehmer haben geantwortet, daß sie bereit wären, den alten Vertrag auf ein Jahr zu verlängern, angeblich, weil die gesamten Lebensbedürfnisse keine Steigerung erfahren hätten. Es wird also auch im hiesigen Bezirk nicht leicht sein, die Lohnbewegungen zur Zufriedenheit aller Kollegen zu erledigen.

Bezirk Karlsruhe.

Heidelberg. Im vergangenen Jahre waren die Gipsler infolge der schlechten Konjunktur sowie der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gezwungen, ohne jegliche Verbesserung wieder den Tarif auf ein Jahr zu erneuern. Die Arbeitgeber versprachen damals, in diesem Jahre den Lohn aufzubessern. Was aber vor dem Versprechen der Heidelberger Gipslermeister zu halten war, zeigten uns die Verhandlungen, die am Freitag, den 28. Februar d. Js., hier stattfanden. Nicht nur wollten die Herren keine Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, sondern noch Verschlechterungen derselben vornehmen. Am 17. Februar des Jahres 1905 wurde hier ein Tarif abgeschlossen, der für Gipsler einen Stundenlohn von 55 Pf., für Stundearbeiter aber einen solchen von 60 Pf. vorsah. Diese Lohnsätze wurden auch beim Tarifabschluss 1907 beibehalten. In dem Tarif, welchen uns die Herren Meister in diesem Jahre vorlegten, war aber nur von einem Lohn von 55 Pf. pro Stunde zu lesen, der Satz von 60 Pf. fehlte. Besserer sollte zwar bei den Verhandlungen wieder beigelegt werden, aber auf weitere Verbesserungen wollten sich die Herren nicht einlassen, und das, trotzdem ihnen nachgewiesen wurde, wie die Lebensmittelpreise auch in Heidelberg in den letzten drei Jahren, wo die Gipsler keinerlei Lohnaufbesserung erhielten, um etwa 20 Prozent gestiegen sind. Von Seiten der Kommisionenmitglieder der Gipsler wurden Vermittlungsvorschläge gemacht und den Arbeitgebern gesagt, sie möchten nun auch Entgegenkommen zeigen. Der Sekretär des Gipslermeisterverbandes Herr Jitz antwortete darauf, wenn die Arbeitgeber seinem Rate gefolgt und den Gehilfen Lohnreduzierung geboten hätten, dann wären sie in der Lage gewesen, den Gehilfen bis auf den alten Lohn entgegenzukommen; da dies nicht geschah, sei ein Entgegenkommen ihrerseits ausgeschlossen. Nun wußten wir, wie der Gase lief. Die Kommisionen des freien und des christlichen Verbandes erklärten nun, ohne Lohnreduzierung den Tarif nicht abzuschließen zu können. Herr Sekretär Jitz gab im Namen sämtlicher Heidelberger Gipslermeister noch die Erklärung ab, daß dieselben ohne Tarif nicht würden arbeiten lassen. Die Verhandlungen waren somit gescheitert. Die Arbeitgeber kündigten am selben Tage noch jedem Gehilfen auf Samstagabend. Montag sind also sämtliche Gipsler Heidelbergs ausgesperrt. Am Freitagabend fand nun noch eine große Gipslerversammlung statt, in welcher über die gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattet wurde. Die Versammlung billigte das Verhalten der Lohnkommisionen, und sprach ihr Bedauern über den von den Arbeitgebern hervorgerufenen Herrenstandpunkt aus. Die Konjunktur ist im Augenblick in Heidelberg günstig, so daß zu erwarten steht, daß die Arbeitgeber nicht zu lange an ihrem hervorgerufenen Herrenstandpunkt festhalten werden. Wir fordern alle auswärtigen Kollegen auf, Solidarität zu üben, und den Zug nach Heidelberg streng fernzuhalten.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 8. März, der erste Wochenbeitrag für dieses Jahr fällig ist.

Stuttgarter.

Berlin V. (Fuher.) Unsere Generalversammlung, welche am 19. Februar stattfand, wurde vom ersten Vorsitzenden Kollegen Schulz mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Passenbericht, 3. Bericht über Mittempelung der Verträge und Bericht der Türkontrollen, 4. Vorstandswahl, 5. Regelung der Verträge und der Hauskassierung. Zu Punkt eins gab der Vorsitzende bekannt, daß das vergangene Jahr sehr arbeitsreich für den Vorstand war. Es wurden 15 Mitgliederversammlungen, 1 Generalversammlung, 11 Vorstandssitzungen, 9 gemeinschaftliche Vorstandssitzungen mit anderen Vorständen, davon eine Sitzung mit den Fuherern des Zentralverbandes abgehalten. In acht Versammlungen wurden gewerkschaftliche Vorträge gehalten. Was die Mitgliederzahl anbetrifft, so wurden im Berichtsjahr 13 Mitglieder neu aufgenommen, so daß der jetzige Bestand 193 beträgt. Zwei Mitglieder mußten wegen Uebertretung unserer Grundzüge ausgeschlossen werden, ein Mitglied wurde durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Ferner wurde an 6 Mitglieder Krankengeld gezahlt, auch mußten vier Kollegen wegen Maßregelung unterstellt werden. Zu Punkt zwei gab der Kassierer Kollege Jertz Bericht über den Stand der Kasse; die Einnahmen betragen 3302,09 M, die Ausgaben 2825,38 M, bleibt mithin ein Ueberschuß von 476,71 M; alter Bestand vom Jahre 1906 beträgt 606,39 M, somit haben wir einen Kassenbestand von 1083,10 M. Da die Revisoren die Wichtigkeit der Kassenverhältnisse bestätigten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Körnehl gab Bericht über das Mittempelung der Verträge. Insgesamt wurden 39 Verträge abgeimpelt. Auf diesen 39 Arbeitsstellen waren 282 Kollegen beschäftigt. Nach Angabe der Türkontrollen war der Versammlungsbuch im großen und ganzen mangelhaft. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten, zu welcher eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt wurde. Kollege Begoll führte den Vorsitz und sprach zunächst im Namen der Kollegen dem alten Vorstand für seine bisherige Tätigkeit den Dank aus. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Jitz als erster und Kollege Teichert als zweiter Vorsitzender; Kollege Jertz als erster und Kollege Körnehl als zweiter Kassierer; Kollege Rau als erster und Kollege Seipolt als zweiter Schriftführer; als Revisoren wurden die Kollegen Friedrich und Pitered, zur Mittempelung der Verträge Kollege Körnehl, als Türkontrollen Kollege Pitered und die Begrüßungsdeputation die Kollegen Begoll, Dondersk und Kozlowski gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Nachdem der neue Vorstand den Vorsitz wieder übernommen hatte, wurde zum weiteren Punkt der Tagesordnung geschritten, und zwar wurde beschlossen, den wöchentlichen Beitrag wie bis hater weiterzuzahlen. Die Regelung der Hauskassierung wurde dem Vorstande überlassen. Nachdem noch der Vorsitzende bekanntgegeben hatte, daß die Versammlungen bis bisher, jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden, schloß er mit einem dreifachen

Hoch e: 7 das Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaft die Versammlung.

Maurer.

Arsfurt (Bahn). Am 1. Februar fand unsere jährliche Generalversammlung statt, welche von unserem ersten Vorsitzenden eröffnet wurde. Nachdem der erste Schriftführer das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen, erläuterte der Kassierer den Kassenbericht. Da derselbe von den Revisoren geprüft und von den anwesenden Kollegen für richtig befunden wurde, sprach unser Vorsitzender dem Kassierer den Dank der Versammlung für die gute Kassenführung aus. Er erteilte ihm hierauf mit Zustimmung der Versammlung Entlastung. Bei der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende, Kollege Gebb, dankte den Kollegen für das Vertrauen, das sie dem wiedergewählten Vorstand entgegengebracht hätten, und werde derselbe stets für das Wohl und die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder eintreten. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde die Beschaffung eines kleinen Schrankes beschlossen, da ein solcher unbedingt notwendig sei zur Aufbewahrung der Kasse, der dazu gehörenden Bücher, sowie der schon vorhandenen Bibliothek. Ferner soll ein Buch, welches das allgemeine Krankengeldgesetz behandelt, der Bibliothek zugefügt werden. Die Kosten für Schrank und Buch sollen aus der Kassa bestritten werden. Die Bücher der Bibliothek sind jedem Kollegen zur eifrigsten Benutzung empfohlen, da dieselben zur weiteren Schulung sehr geeignet sind, denn Wissen ist Macht. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, vor ihrer Abreise sich beim Kassierer abzumelden und die beschlossenen Winterbeiträge zu entrichten. Auch in der Fremde sei es Pflicht eines jeden Kollegen, sich in dem Dienst des Verbandes zu stellen. Ein jeder sei ein Agitor und eifriger Förderer der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Arnsdorf. Am 13. Februar hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Kollege Zumbrock (Münster) sprach über die Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907. Er führte uns die äußere und innere Entwicklung unserer Bewegung vor Augen, wies vor allem auf die wirtschaftliche Verbesserung hin, die im vergangenen Jahre durch den Verband erzielt worden ist. Und freute er die Erfolge bei den sozialen Wahlen. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, weiter für unsere gute Sache zu arbeiten, damit die erste Jahreshälfte der christlichen Gewerkschaft in Ostpreußen stets eine gute bleibe. Die Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen. Die Anwesenden werden auch nun dafür sorgen, daß die Fahne der christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen auch stets hoch bleibt. Und wir werden unseren Feinden und Gegnern zeigen, daß wir das, was wir nur schon zwei Jahre hochgehalten haben, auch ferner zu behaupten und zu bewahren wissen, und ihnen zeigen, daß unsere Jahreshälfte nicht auf leichtem Sand gebaut ist, sondern auf festem Felsen steht.

Charlottenburg. Am 3. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende Adamek eröffnete dieselbe mit dem Gruß „Gott segne die christliche Arbeit“. Nachdem die Tagesordnung bekanntgegeben war, gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. In der nun folgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen August Schabek als erster und Ad. Wimmer als zweiter Vorsitzender, Wilh. Bock als erster und Paul Brünke als zweiter Schriftführer gewählt. Zu Hauskassierern wurden wieder die Kollegen B. Bock und S. Soeber, zur Begrüßungsdeputation R. Bömer, Heinrich und Joz. Wemert bestimmt. Kollege Martin referierte alsdann über die beschlossenen Maßnahmen der Arbeitgeberverbände. Bezüglich der Zentralisierung wurde beschlossen, die vorläufige lose Zentralisierung beizubehalten. Mit der Aufforderung an die Kollegen zur eifrigeren Mitarbeit im neuen Jahr wurde die Versammlung geschlossen.

Gettingen i. N. Sonntag, den 16. Februar, fand hier eine große öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Dieselbe war sehr stark besucht; außer den hiesigen Bauhandwerkern waren auch Berufs-Kollegen aus dem benachbarten Rinkshelm und Bödingen erschienen. Unser Referent, Kollege Kott aus Karlsruhe, sprach über Zweck und Notwendigkeit der Organisationsfrage. Nach einem kurzen Rückblick schilderte er unsere jetzige wirtschaftliche Lage, zeigte, zu welcher Macht auch die Arbeitgeberorganisationen gekommen seien. Die Inanspruchnahme der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe bemerkt sei, denn im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lage unmöglich zu machen. Ohne Rückblick auf die noch fortwährend steigenden Preise für Lebensbedürfnisse verweigerte vorgenannter Verband jede noch so notwendige Lohnreduzierung, ja, er wollte noch Lohnreduzierungen vornehmen. Diesen Bestrebungen der Arbeitgeber müsse die Bauarbeiterschaft geschloffen gegenüberstehen. Wollte man sich nicht gegen sich selbst, seine Familie und gegen seine Berufs-Kollegen erübdigen, so müsse man Solidarität beweisen, den Indifferenzismus abjektivieren und Schulter an Schulter in der Organisationsfrage für seine Interessen eintreten. Der einzelne sei machtlos in dem Kampfe um Verbesserung seiner Lage, nur durch organisierte Schützen sei etwas Durchdringendes zu erringen. In feiner weiseren Ausführungen zeigte der Redner noch, wie durch die Organisation der einzelne Einfluß bei den sozialen Einrichtungen finde. Kulturell wirke die Organisation bahnbrechend für die Arbeiterklasse. Sie sei die Vorstufe zur Erlangung der gesellschaftlichen und politischen Gleichberechtigung. Wir, die christlichen Arbeiter, wollen das uns gesteckte Ziel nach den christlichen Grundsätzen erreichen. Nicht bei allen Organisationen ist das der Fall, und darin ist der Hauptunterschied zwischen den christlichen von den sozialdemokratischen Organisationen. Die wirtschaftlichen Erfolge der sich frei nennenden, in Wirklichkeit aber sozialdemokratischen Gewerkschaften sollen von uns nicht herabgewürdigt werden, ja, wir sind auch bereit, von Fall zu Fall, wo es die Verhältnisse gebieten, in wirtschaftlichen Fragen mit ihnen zusammenzugehen. Aber die Ziele und Grundzüge der sozialdemokratischen Organisationen können kein christlicher Arbeiter vertreten, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gelangen. Redner führte dann den Beweis, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie identisch und antireligiös seien. Zum Schluß forderte der Referent alle anwesenden, im Bauhandwerk tätigen Arbeiter auf, sich zu organisieren, sich aber auch nur einer Organisation anzuschließen, die jedem einzelnen seine religiöse und politische Freiheit garantiert, und dies seien nur die christlichen Gewerkschaften. Brausender Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. In der nun folgenden interaktiven Diskussion beteiligten sich auch die Pfarrer von Gettingen und Bödingen, welche die Ausführungen des Referenten noch durch neue schöne Gedanken erweiterten und auch ihre Ansicht dahingehend aussprachen, daß heute jeder in der Bauhandwerk beschäftigte Arbeiter sich organisieren müsse, und den christlichen Arbeitern der Weg gezeigt sei, den sie zu gehen hätten. Nachdem noch die Verbandsstatuten erläutert und 48 Maßnahmen einschließlich der Uebertritte erloscht waren, wurde die öffentliche Versammlung geschlossen. In der dann eröffneten Mitgliederversammlung wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Julius Kern erster, Karl Scheuermann zweiter Vorsitzender; Franz Scheuermann erster und Wilhelm Madert zweiter Kassierer; Johann Teichbald erster und Julius Schäfer zweiter Schriftführer. Valentin Dietrich und Mojs Nag als Revisoren. Nachdem Kollege Kott noch die notwendigen Instruktionen gegeben, wurde die Versammlung geschlossen. Die junge Verwaltungsstelle wachse und gedeihe, die umliegenden Ortsvereine aber bald dem Beiräte Gettingens folgen.

Gora, den 15. Februar 1908. Am 9. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung mit folgender Tagesord-

nung ab: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Regelung der Beiträge. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Kraus den Jahresbericht. Es sind im Jahre 1928/29 an die Hauptkasse eingekassiert worden. Der Lokalfassenbestand betrug am Schluß des Jahres 40,40 M., die Mitgliederzahl stieg von 20 auf 30. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ausbaun wurde ein Antrag eingebracht, die Wochenbeiträge um 5 Pf. zu erhöhen. Dieser Punkt stieß erst auf Schwierigkeiten, wurde aber doch nicht angenommen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, im laufenden Jahre die Veranstaltung besser zu besuchen. Ein jeder soll Agitator sein, damit auch der letzte Mann unserer Reihen zugeführt werde. Es soll ein jeder dahin wirken, daß alle ihren Verpflichtungen nachkommen gegenüber der Organisation, damit nicht Kollegen wegen Rückstand der Beiträge ihrer Rechte verlustig gehen. Wenn alle so in Zukunft ihre Pflicht tun, werden wir unsere Bahnhalle zu immer größerer Blüte bringen.

Seitungen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 6. Februar im Vereinslokale statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Festsetzung der Winterbeiträge zur Stärkung der Lokalfasse, 3. Verschiedenes. Wiedergewählt wurde als erster Vorsitzender und zugleich als Hauptkassierer der Kollege Erik Burghard, als Schriftführer Koll. Franz Kopp und als Hauskassierer Koll. Th. Japfe. Die Kollegen nahmen ihr Amt an und versprochen, ihre Pflicht stets im Interesse des Verbandes zu erfüllen. Darauf gab der Vorsitzende seiner Freude Ausdruck, indem er auf die Erhaltung unserer Bahnhalle hinwies, und daß wir jetzt einflußreichen Stellen bereits auf 30 Mitglieder gekommen sind. Zugleich bedauerte er aber auch, daß noch eine große Zahl Kollegen am Orte wären, die den Wert der Organisation noch nicht erkannt hätten. Hauptächlich betonte der Vorsitzende noch, daß gerade die Winterzahlstellen ein festes Fundament bilden, für die Kollegen, die des Sommers in die Fremde reisten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Werkst. (Freiheitskämpfer des sozialdemokratischen Maurerverbandes.) Am 13. Februar gingen zwei unserer Kollegen von der Bahnhalle Proppach bei dem Unternehmer Schneider am hiesigen Dombau an zu arbeiten. Raum hatten dieselben angefangen, wurden sie nach der Organisationszugehörigkeit gefragt. Als nun den roten Maurern der Bescheid zuteil wurde, daß sie christlich organisiert wären, verlangte man, daß sie zum sozialdemokratischen Verband übertraten sollten, andernfalls dürften sich unsere Kollegen nicht wundern, wenn ihnen morgens bei Anfang der Arbeit das Werkzeug fehle. Diese Drohung half nichts, unsere Kollegen blieben standhaft. Nun blieben die fanatischen Genossen mittags in der Bude sitzen und bedrohten Herrn Schneider, nicht eher wieder zu arbeiten, bis die beiden christlich organisierten entlassen seien. Unternehmer Schneider drehte einweilen den Spieß um und ließ die rote Motte laufen. Nun kam das ergötende: als die Genossen sich von ihrem Kaufsch erhielt hatten, betreten sie bei dem Unternehmer, doch weiter arbeiten zu dürfen. Das ist echter sozialistischer Mänesmut, erst große Worte und dann wie ein begoffener Pudel zur Arbeit zurück. Auch dieser Fall dürfte wieder einmal gezeigt haben, daß die Führer der „freien Gewerkschaften“ für Volksbedrückung ihre Fanatiker nicht zu leiten imstande sind. Oder sollten selbst die Führer dieses noch billigen?

Steinarbeiter. Nach längerer Zeit ist es unserem Verbands gelungen, hier freie Bahn zu schaffen. Der Polizeigewalt der württembergischen Steingrubenbesitzer verstand es meisterhaft, die Organisation hier fernzuhalten. Durch die rührige Arbeit des Kollegen Venhart ist es jetzt gelungen, eine Reihe starker Ortsgruppen zu gründen, trotz aller Schikanen, die gegen uns angewandt wurden. Es war auch die höchste Zeit, daß wir uns zusammenschlossen haben, denn die Mißstände, die in den hiesigen Steingruben existieren, wachsen uns bald über den Kopf. Obwohl Württemberg zu Deutschland gehört, kennt man nichts von einer Bundesratsordnung. Hier könnte auch die Gewerbeinspektion etwas helfen eingreifen, wenn die christlichen Gewerkschaften nicht so von der Seite angehaut würden. Wer auch in Krankentaggelangelegenheiten muß durch unsere Organisation Remedur geschaffen werden. Nur einige Hinweise, wie es hier zugeht: ohne daß man es den Arbeitern mitteilt, verzieht man sie in eine niedere Lohnklasse, so daß es schon vorgekommen ist, daß Familienväter von 6-7 Kindern bei ihrem Kranken ein ganze 90 Pf. Krankengeld den Tag bekamen. Einer unserer Kollegen hatte das Unglück, daß ihm der Finger zerquetscht wurde, so daß er sich zum Arzt begeben mußte. Anstatt daß ihm nun derselbe den Finger verbunden und ihm noch einiges Verbandsgewebe mit nach Hause gegeben hätte, bekam er den Bescheid, er solle seinen Finger zu Hause mit einem Lumpen umwickeln. Dabei konnte der Mann einige Zeit nicht arbeiten. Wir sehen also, daß es hier sehr viel Arbeit für uns gibt. Wenn wir auch bekämpft werden, so dürfen wir uns nicht abschrecken lassen. Die Arbeitgeber und Meister arbeiten ebenfalls für ihre Organisation. Darum aufgewacht, Kollegen, fest zusammenhalten, und die Zeiten werden auch einmal bei uns bessere werden.

Aus Arbeitgebervereinigungen.

Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt, wie wir bereits mitteilten, am 17. und 18. Februar seine Generalversammlung in Hannover ab. Wie wir dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ entnehmen, stieg die Mitgliederzahl des Bundes im Jahre 1927 um 5300, von 13000 auf 18300. Dieser Zuwachs ist zum weitesten größten Teil auf den Beitritt bereits bestehender lokaler Verbände zum Bunde zurückzuführen. Außerhalb des Bundes stehen noch, soweit wie bekannt, 44 Ortsverbände mit zirka 1800 Mitgliedern. Das regste Interesse nahmen erklärungsmäßig die jetzigen Tarifverhandlungen in Anspruch, zu welchen beschlossen wurde, „daß an dem vom Bunde herangezogenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Rangschritte geschlossen werden; ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen.“

Angenommen wurde hierzu ein Antrag des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten, wonach der Bundesvorstand nicht eher die in den einzelnen Orten oder Bezirken abgeschlossenen Tarifverträge genehmigen soll, bis der Berliner Lokalverband einen neuen Tarif mit den zentralorganisierten baugewerblichen Arbeitern abgeschlossen hat. Demnach sollen die Provinzunternehmer die faueren Trauben für die Berliner herunterholen. Herr Behrens-Hannover referierte über die Einführung eines einheitlichen Vertragsmusters mit den Baumaterialienhändlern. Dasselbe wurde dem Bundesvorstand zur abschließenden Festlegung über-

wiesen und soll alsdann zur Einführung gelangen. Ein Antrag des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes in Hannover, bei den zuständigen Behörden um einen schnelleren und stärkeren Schutz der Arbeitswilligen vorstellig zu werden, fand ebenfalls Annahme. Damit das Gegenstück nicht fehlte, wurde einem Antrage des Arbeitgeberverbandes in Chemnitz entsprochen, der dahin geht, „dem Bundesvorstande gerichtliche Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, aus denen hervorgeht, in welcher Weise ein Arbeitgeberverband seine Mitglieder im Falle der Übertretung von Verbandsbeschlüssen (Nichtbeteiligung an Ausspernungen usw. d. Red.) wirksam mit konventioneller Strafe belegen kann.“ Das paßt wie die Faust auf Auge gegenüber dem Antrag bezüglich den Streikbrechern unter den Arbeitern. Die obligatorische Einführung von Arbeitsnachweisen und Entlassungsscheinen wurde auch neue empfohlen; für die Regelung des Vertragsverhältnisses mit den Polieren soll ein allgemeines Vertragsformular festgesetzt und herausgegeben werden.

Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge um ein Drittel rief eine hitzige Debatte hervor. Die Mehrheit erklärte sich wohl dafür, der Vorsitzende hielt jedoch, da es eine Satzungsänderung bedeute, eine 2/3-Mehrheit für notwendig und sei somit der Antrag abgelehnt. Der Antrag auf Erhöhung der Beiträge war von dem Rheinisch-Westfälischen, dem Berliner und dem Münchener Verbands gestellt. Der Rheinisch-Westfälische Verband beantragte ferner die Anstellung einer ersten Kraft als Geschäftsführer (Herr Schmiedehaus? d. Red.) für den Deutschen Arbeitgeberverband, sowie den Anschluß an den Verein deutscher Unternehmer die Anstellung von Agitationsbeamten gefordert. Beschlüsse wurden zu diesen Anträgen nicht gefaßt. Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ ist über die Ablehnung der Beitragserhöhung sehr erbost und behauptet, der Beschluß bestehe doch zu recht; die Generalversammlung habe das Recht, die Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Frage der Streikversicherung wurde als noch nicht geklärt angesehen, die Berechtigung zur Einführung jedoch anerkannt. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Frage weiter zu verfolgen, und sobald sich die Notwendigkeit erweise, sie von neuem auf die Tagesordnung zu setzen. Schmiedehaus referierte über christliche und gelbe Gewerkschaften, wobei er zu dem Resultat kam, die Christlichen stünden auf demselben Boden wie die freien Gewerkschaften, und könnten unter Umständen noch gefährlicher als diese erscheinen. Er empfahl, die gelben Gewerkschaften nach Möglichkeit zu unterstützen. Als Vorsitzender des Bundes wurde Herr Jelsch-Berlin, und als sein Stellvertreter Wahl, ebenfalls Berlin, gewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Kassel bestimmt.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Ein „fortschrittliches“ Gemeindefolkium. In Dinkelsbühl in Mittelfranken beschloßen die Gemeindevertreter einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, eine Herabsetzung der ortsüblichen Tagelöhne anzubahnen. Dieselben betragen zurzeit 2,70 M für Arbeiter über 16 Jahre, und 1,80 M unter 16 Jahre. Diese Sätze sind den Arbeitgebern zu hoch und sollen dieselben mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang stehen, was ein geradezu betrübendes Bild der Arbeiterverhältnisse in Dinkelsbühl, die Wichtigkeit der Unternehmerbehauptung vorausgesetzt, entwirft. Da nun der ortsübliche Tagelohn die Grundlage der Versicherungsbeiträge und der Höhe des Krankengeldes bildet, erblicken die anscheinend auch nicht mit einem Tropfen sozialen Defiz geölten Unternehmer und Gemeindeväter eine unberechtigte Bereicherung der Arbeiter auf Kosten der Unternehmer. Zur Begründung führen sie andere Städte an, wo niedrigere Sätze bestehen. Das besagt mit andern Worten, der Ruf der Minderjährigkeit anderer Gemeindevertretungen läßt auch die Stadtväter von Dinkelsbühl nicht schlafen. Anstatt in einer Zeit der allgemeinen Veruerung, wenn nicht höhere Sätze zu beantragen, so doch die augenblicklichen bestehen zu lassen, bringen sie es fertig, eine Herabsetzung zu beantragen. Eine Protestversammlung der Arbeiter legte Verwahrung gegen solches Beginnen ein. Hoffentlich ist die Behörde einsichtiger als diese „sozialen“ Stadtväter.

Ist die Streikunterstützung steuerpflichtig? Diese Frage ist bisher in der Theorie und Praxis verschieden beantwortet worden. Im allgemeinen sind die Juristen und teilweise auch die Steuerbehörden der Meinung, daß die Streikunterstützung dann nicht besteuert zu werden braucht, wenn dem Empfänger nicht das Recht zusteht, die Streikunterstützung einzuklagen, sondern wenn die Mitglieder bestimmter Organisationen die Streikunterstützung nur beziehen, soweit die Mittel der in Betracht kommenden Vereinigung ausreichen. Da wir in Deutschland noch keine Organisation haben, die einen klagbaren Anspruch auf Streikunterstützung zugestehet, so fällt auch bezüglich der Streikunterstützung die Besteuerung fort. In diesem Sinne hat auch im vergangenen Jahre in einem besonderen Falle das Finanzministerium im Königreich Sachsen entschieden. Eine andere Entscheidung ist vor kurzem vom Ministerium des Innern in Mecklenburg-Schwerin gefällt worden. In Rostock machte eine Anzahl Arbeiter, die längere Zeit in Streik standen und die außer der Streikunterstützung keine Einnahmen hatten, den Einwand geltend, daß sie keine Steuern zu bezahlen brauchten, weil ihre Einnahmen aus der Streikunterstützung nicht steuerpflichtig seien. Da die Steuerbehörde den Einwand nicht gelten lassen wollte, wandten sich die betreffenden Arbeiter an das Ministerium des Innern. In der Eingabe an das Ministerium wurde angeführt, daß die Streikunterstützung aus Beiträgen der Verbandsmitglieder bezahlt wird, also aus Einkommen, die von den einzelnen Mitgliedern schon besteuert worden sind. Trotzdem hat die höchste Behörde in Mecklenburg-Schwerin entschieden, daß die Besteuerung der Streikunterstützung zu Recht erfolgt ist.

Soziale Wahlen.

Lechhausen b. Hugsburg. Am 25. Februar fand hier selbst erstmalig die Gewerbegerichtswahlen statt. Betracht kamen drei Parteien, Christlich, sozialdemokratisch und die Hirsch-Dunderschen. Die christliche Liste erzielte 422, die sozialdemokratische 948 und die Hirsch-Dunderschen 156 Stimmen. Die Vertreter verteilten sich auf die Klassen 3 und 2 Erfahrmänner, die Sozialdemokraten 8 Erfahrmänner, die Hirsch-Dunderschen 1 und 1 Erfahrmann. Von 4500 Wahlberechtigten übten 1526 ihr Wahlrecht aus. Wir können mit dem Erfolge zufrieden sein, obwohl er hätte dreifach so groß sein können. Der Differenzismus übertrifft hier alles. Die Sozialdemokraten haben ihren letzten Mann an die Wahlsurne gebracht. Am schlechtesten haben die Hirsch-Dunderschen abgeschnitten und dabei galt Lechhausen bis vor wenigen Jahren ihre Hochburg. Uns christlichen Gewerkschaftlern zeugt die Wahl, daß nur unerträgliche Aufklärung und Agitation den Erfolg bringen kann.

Weimar b. Voßum, 26. Februar. Gestern wurden die Wahlen von Vertretern zur Generalversammlung der hiesigen gemeinen Ortskrankenkasse getätigt. Gewählt wurden die 14 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Diese Wahlen waren halb erforderlich, weil die Krankenkasse der Baugewerke, zum Zeitpunkt zu Voßum, aufgelöst wurde und die hiesigen Mitglieder der obengenannten Krankenkasse anschlossen.

Gerichtliches.

München. (Sozialdemokratischer Terrorismus) Wegen Terrorisierung des christlich organisierten Maurers Grisch vor dem Amtsgericht München am 10. Februar der M. Raab, Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes, zu antworten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der M. Raab, der den Posten des Baulegeleiteten verließ, unter Drohung, sämtliche Arbeiter würden sonst die Arbeit niederlegen, die Entlassung eines christlich organisierten Arbeiters verweigerte. Da die Fertigstellung der Arbeit (Umbau Luisenschule) drängte, mußte der Baulegeleitete dem Verlangen stattgeben. Das Gericht verurteilte den roten Terroristen wegen Vergehens gegen die Verbandsordnung zu 14 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten.

Von den Arbeitsstellen.

Düsseldorf. Am 27. Februar ereignete sich an dem Bau Schüller, Paulusstraße, ein bedauerlicher Unfall, leicht schwere Folgen nach sich hätte ziehen können. Der 30-jährige J. Heidmann, Fliesenleger, war damit beschäftigt, das 2. Stockwerk fertigzustellen. Das Treppenhäuschen war durch dort beschäftigt gewesenen Putzer des Stuckateurmeisters W. abgedeckt worden. Schreiner, welche den Fußboden zu beginnen, hatten eine Anzahl Bretter auf das im Treppenhäuschen liegende Gerüst gestellt. Als nun Kollege Heidmann mit einem Mörtel auf die nach dem Mörtel führende Leiter wollte, brach der zur Unterlage des Gerüsts dienende Hebel und das Gerüst stürzte, Heidmann mit sich fortziehend, in Tiefe. Glücklicherweise war am Tage vorher das Keller abgedeckt worden, und so blieb der Verunglückte auf dieser bedung liegen. Eine zur selben Zeit vorbeifahrende Droß brachte ihn nach dem Marienhospital. Wie wir erfahren, er einen Oberschenkelbruch des rechten Beines und eine Verquetschung erlitten. Der kaum 10 Zentimeter starke durchbrochene Hebel war total morsch und faul, und wird die Sache bald wieder ein Nachspiel haben. Den Kollegen mag dieser Vorgang als Warnung und Voricht dienen, für die Zukunft Gerüst zu betreten, bevor man es auf seine Tragfähigkeit prüft hat.

Bekanntmachungen.

I. Ostdeutsche Gewerkschaftskonferenz. Am Sonntag, den 15. März d. J., findet in Bromberg eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz statt. Die Konferenz wird im „Schützenhaus“, Thorner Straße (Endstation der Straßenbahn), vormittags 11 Uhr beginnend abgehalten.

Tagesordnung:
 1. Wie arbeiten wir mit den konfessionellen Arbeitervereinen Hand in Hand? Referent: Behrens-Ossen.
 2. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Referent: Joh. Giesberts-W. Glabach.
 3. Wie betreiben wir die Agitation im Nordosten. Referent: Aug. Schönetas-Königsberg.
 4. Verschiedenes.

Zu dieser Konferenz können alle Zahlstellen und Ortsräte Delegierte entsenden. Die Konferenz gilt für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen. Der östliche Teil von Brandenburg und Pommern scheidet wegen zu großer Entfernung aus. Delegierten sind umgehend zu wählen und den Bezirkssekretären oder dem Unterzeichneten zu melden. Die Kosten tragen die Lokalfassen.

J. A. P. Schopohl, Bromberg, Posener Platz 13
Ausgeschlossene aus dem Verbands wurden wegen Streikbrüchiger Edmund Falter (Buch-Nr. 32251), Stuckateur Joh. Falter (Buch-Nr. 52278) und Maurer Nikolaus Falter (Buch-Nr. 97518).
Zahlstelle Naerou der Verwaltungsstelle Nachen

Gefunden! In der Verwaltungsstelle Oberhausen wurden zwei Mitgliedsbücher gefunden, lautend auf die Namen Flor Müller und Josef Görg (Buch-Nr. 107793 und 133211), gelobt zu Helferskirchen. Nähere Adresse der Eigentümer sind Kollegen Bernh. Kirchner, Oberhausen, Maurerstr. zu richten.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 114580 lautend auf Josef Dentler von der Zahlstelle Dülmen.

Sterbetafel.

Am 21. Februar starb unser Mitglied **Joh. Bröglie** im Alter von 46 Jahren an Mierenfrankheit.
 Zahlstelle **Eichenzweiler.**
 Am 26. Februar starb unser Mitglied **Joh. Wolf** im Alter von 43 Jahren infolge Lungenentzündung.
 Verwaltungsstelle **Köln.**
 Am 26. Februar starb unser Mitglied **Peter Slangen** im Alter von 45 Jahren.
 Zahlstelle **Speckholzerhalde.**
 Am 26. Februar starb unser Mitglied **Anton Kröger** im Alter von 51 Jahren an Rippenfellentzündung.
 Verwaltungsstelle **Wätersloh.**
 Ehre ihrem Andenken!